



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

57. Sitzung (öffentlich)

4. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:25 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
1	Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ – Sachstandsbericht	10
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/2336	
	– Wortbeiträge	
2	Tuberkuloseerkrankungen ernst nehmen und fernab jeglicher Ideologie bekämpfen.	19
	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/5629	
	– Abschließende Beratung und Abstimmung	
	– Wortbeiträge	

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD ab.

3 Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag (Bibliotheksstärkungsgesetz) 21

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5637

Ausschussprotokoll 17/693 (Anhörung von Sachverständigen vom 04.07.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

4 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch 23

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 – Neudruck

Ausschussprotokoll 17/673 (Anhörung von Sachverständigen vom 24.06.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

5 NRW muss Vorreiter werden! – Auf sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst verzichten 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5621

Schriftliche Anhörung
des Haushalts- und Finanzausschusses

Stellungnahme 17/1698

Stellungnahme 17/1699

Stellungnahme 17/1700

Stellungnahme 17/1701

Stellungnahme 17/1702

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

6 Nordrhein-Westfalen in Europa IV: Verlässliche Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Katastrophen- und Brandschutz 31

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/6250 – Neudruck

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP, GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD zu.

7 Recht auf Schuldnerberatung garantieren – Beratungsstrukturen optimieren 32

Antrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/6259 – Neudruck

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

8 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe 34

Drucksache 17/6910

Vorlage 17/2289 – Neudruck

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss ist zum Verordnungsentwurf angehört worden.

9 Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Pflegeberufgesetzes in Nordrhein-Westfalen (Durchführungsverordnung Pflegeberufgesetz – DVO-PfIBG) 35

Drucksache 17/7128

Vorlage 17/2318

– Wortbeiträge

Der Ausschuss ist zum Verordnungsentwurf angehört worden.

Der Ausschuss kommt außerdem überein, zu Tagesordnungspunkt 21 keine Diskussion mehr zu führen, da das Thema „Masterstudienplätze in der Pflegepädagogik“ unter Tagesordnungspunkt 9 schon mit behandelt worden ist.

10 Den Beamtinnen und Beamten in NRW die freiwillige Versicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ermöglichen 41

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5057

Ausschussprotokoll 17/668 (Anhörung von Sachverständigen vom 19.06.2019)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

11 Hepatitis-C-Therapie im Justizvollzug 43

Vorlage 17/1106

Vorlage 17/1647

Schriftliche Anhörung
des Rechtsausschusses
Stellungnahme 17/1703
Stellungnahme 17/1704
Stellungnahme 17/1705

Stellungnahme 17/1706
Stellungnahme 17/1707

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

Der Antrag von Serdar Yüksel (SPD), eine mündliche Anhörung durchzuführen, wird mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

12 Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen 48

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6682

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

13 Inklusion in den Arbeitsmarkt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln – Gleichwertigen Zugang ermöglichen 49

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6736

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

14 Hitzeaktionspläne zur Prävention hitzeassoziierter Mortalität und Morbidität 50

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6752

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung zu verschieben.

- 15 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung** **51**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726 – Neudruck
- Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838
- Verfahrensabsprache
- Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Ausschuss am 30. September zu beteiligen.
- 16 Wissenschaft braucht Kontinuität und Perspektive. Mehr Dauerstellen an den Hochschulen des Landes!** **52**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6585
- Verfahrensabsprache
- Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.
- 17 Finanzielle Schieflage der Kliniken der Stadt Köln** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD*) **53**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2338
- Wortbeiträge
- 18 Aktueller Stand zum elektronischen Heilberufsausweis (eHBA) – Entwicklung, Zeitbedarf zur Errichtung eines länderübergreifenden Registers, Beteiligung NRW, insb. Bochum** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD*) **54**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2350
- Wortbeiträge

- 19 Der soziale Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen – eine Zwischenbilanz für das 1. Halbjahr 2019** (s. Anlage; Bericht beantragt von der Fraktion der SPD) **55**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2321

– Wortbeiträge

- 20 Zu hohe Kosten für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheim in Rechnung gestellt?** (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD) **56**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2337

Zuschrift 17/337

– Wortbeiträge

- 21 Masterstudienplätze in der Pflegepädagogik** (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD) **57**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2345

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion mehr statt, da das Thema „Masterstudienplätze in der Pflegepädagogik“ unter Tagesordnungspunkt 9 bereits mit behandelt worden ist.

- 22 Berufsbild Heilpraktiker – Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten** (Bericht beantragt von der Fraktion der AfD) **58**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2346

– Wortbeiträge

23 Verschiedenes**59**

Der Ausschuss beschließt auf die Bitte von Susanne Schneider (FDP), bei der nächsten Sitzung in Fraktionsstärke abzustimmen.

* * *

3 **Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag (Bibliotheksstärkungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5637

Ausschussprotokoll 17/693 (Anhörung von Sachverständigen vom 04.07.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Innenausschuss am 11.04.2019; abschließende Beratung und Abstimmung im federführenden Ausschuss voraussichtlich am 26.09.2019)

Rainer Matheisen (FDP) führt aus, Museen, Theater und Kinos hätten sonntags geöffnet. Selbst das Phantasialand habe sonntags geöffnet, bei dem man die kulturelle Bedeutung ja hier und da ein wenig anzweifeln könnte. Es gebe kirchliche Bibliotheken und wissenschaftliche Bibliotheken, die sonntags geöffnet hätten.

Die FDP halte es für wichtig, in Nordrhein-Westfalen die bedeutsamen öffentlichen Bildungseinrichtungen Bibliotheken auch sonntags zu öffnen, und bitte um Zustimmung zum Gesetzentwurf.

Nach Ansicht von **Gordan Dudas (SPD)** sei gegen den Gesetzentwurf prinzipiell nichts einzuwenden. Die Absicht sei gut. Es gehe ja nicht nur darum, die Türen der Bibliotheken sonntags zu öffnen, sondern auch darum, Bildung und Kultur an die Bürgerinnen und Bürger heranzutragen. An Sonntagen, an denen Familien mehr Zeit miteinander verbringen könnten, könnten sie dann die Gelegenheit nutzen, gemeinsam Veranstaltungen in Bibliotheken zu besuchen. Die SPD-Fraktion stehe dem Gesetzentwurf also nicht unaufgeschlossen gegenüber.

Allerdings wünsche sich die SPD eine gewisse Rechtssicherheit und wolle deshalb mit den Gewerkschaften in Gespräche einsteigen, um die rechtlichen Rahmenbedingungen klären zu können. Die Sonntagsruhe stelle ja ein hohes Gut dar.

Er halte es auch für entscheidend, ein breites Einvernehmen zu finden, wie diese positive Absicht auch gut umgesetzt werden könne.

Peter Preuß (CDU) schließt sich den Ausführungen von Rainer Matheisen an.

Es gehe ja nicht einfach nur um eine Öffnung der Bibliotheken an Sonn- und Feiertagen, sondern das eröffne weitere kulturelle und bildungspolitische Räume, um Menschen zu erreichen und Interaktion zu ermöglichen. In dem Zusammenhang sei ja auch der Begriff „Dritte Orte“ gewählt worden.

Die CDU-Fraktion halte das für eine sehr gute Sache und bitte um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hält den Gesetzentwurf auch für sinnvoll, um an Sonntagen Orte der Begegnung und Orte für die Familien zu schaffen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Leute zu klären, die dann sonntags arbeiten müssten, sei natürlich notwendig.

Die Sonntagsöffnung stärke die Bibliotheken. Das eröffne den Bibliotheken auch Spielräume, an Wochentagen auch mal zu schließen. Viele Museen seien ja am Montag üblicherweise geschlossen.

Seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Gordan Dudas (SPD) stellt überwiegend Einigkeit fest. Nur Detailfragen seien noch zu klären.

Vor dem Hintergrund bitte er darum, dass der Ausschuss kein Votum an den federführenden Ausschuss abgebe.

Vorsitzende Heike Gebhard fragt nach, ob Herr Dudas den federführenden Ausschuss also damit beauftragen wolle, die rechtlichen Fragen noch mit den Gewerkschaften zu klären. – **Gordan Dudas (SPD)** bejaht das.

Gerade weil im weitesten Sinne auch Arbeitnehmerinteressen berührt seien, bedürfe es nach Meinung von **Peter Preuß (CDU)** eines klaren Votums dieses Ausschusses.

Vorsitzende Heike Gebhard macht darauf aufmerksam, dass der federführende Ausschuss am 26. September abschließend beraten wolle. Es sei also nicht möglich, die Abstimmung in diesem Ausschuss auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Susanne Schneider (FDP) betont, die Abgabe eines Votums sei für die heutige Sitzung in der Tagesordnung angekündigt worden. Es handele sich um einen wichtigen Gesetzentwurf. Details könnten auch noch besprochen werden, wenn der Ausschuss sein Votum abgegeben habe. Die FDP-Fraktion wolle in dieser Sitzung abstimmen.

Gordan Dudas (SPD) erklärt sich damit einverstanden, ein Votum abzugeben.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.